



Parlamentarischer Vorstoss

Vorstoss-Nr.: 217-2024
Vorstossart: Interpellation
Richtlinienmotion: ☐
Geschäftsnummer: 2024.RRGR.292

Eingereicht am: 11.09.2024

Fraktionsvorstoss: Nein
Kommissionsvorstoss: Nein
Eingereicht von: Lerch (Langenthal, SVP) (Sprecher/in)
Herren-Brauen (Rosshäusern, Die Mitte)
Haudenschild (Niederbipp, FDP)
Kocher Hirt (Worben, SP)
Michel (Schattenhalb, SVP)
Gasser (Ostermundigen, GLP)
de Meuron (Thun, GRÜNE)
Streiff (Oberwangen b. Bern, EVP)
Blatti (Oberwil i. S., EDU)

Weitere Unterschriften: 1

Dringlichkeit verlangt: Nein
Dringlichkeit gewährt:

RRB-Nr.: vom
Direktion: Gesundheits-, Sozial- und Integrationsdirektion
Klassifizierung: Nicht klassifiziert

Listenspitäler – Wie kann im Bereich der gemeinwirtschaftlichen Vorhalteleistungen eine Verbesserung erzielt werden?

Viele Spitäler im Kanton Bern – wie bekanntlich auch in anderen Kantonen – sehen sich aktuell mit der Herausforderung konfrontiert, ihren Betrieb kostendeckend aufrechtzuerhalten. Nebst den Tarifen und der zunehmenden Zahl von temporär Angestellten trägt möglicherweise auch die Abgeltung von gemeinwirtschaftlichen Vorhalteleistungen zu dieser Situation bei. Unter Vorhalteleistungen im Rahmen der Grundversorgung werden vor allem der Notfalldienst rund um die Uhr und an allen Tagen (24/7) genannt, was permanent hochqualifiziertes Fachpersonal auf Pikett hält, unabhängig davon, ob konkret Behandlungen anstehen oder nicht. Eine weitere, von den Spitälern in der Regel zu erbringende Leistung ist die Ausbildungsverpflichtung (vor allem von Assistenzärzten). Weitere Aspekte können zumindest ansatzweise auch als Vorhalteleistungen im Rahmen der Grundversorgung qualifiziert werden (so beispielsweise die Spitalseelsorge, aber auch der stetig steigende, vorgegebene administrative Aufwand usw.).

Der Regierungsrat wird um Beantwortung folgender Fragen gebeten:

1. Ist der Regierungsrat der Auffassung, dass gemeinwirtschaftliche Vorhalteleistungen der Spitäler nicht kostendeckend abgegolten werden und dass in diesem Bereich Handlungsbedarf besteht?

2. Ist der Regierungsrat im Falle der Bejahung von Ziffer 1 bereit, die aktuelle Situation der Spitäler im Bereich der Abgeltung von gemeinwirtschaftlichen Vorhalteleistungen zu analysieren und durch geeignete Massnahmen mildern zu helfen?
3. Welche Möglichkeiten könnten nach Ansicht des Regierungsrates dazu beitragen, dass die Situation im Bereich der gemeinwirtschaftlichen Vorhalteleistungen verbessert werden kann?

Verteiler

- Grosser Rat